(KR/WL)
Vorbemerkung: Dieser Service der NachDenkSeiten soll Ihnen einen schnellen Überblick über interessante Artikel und Sendungen verschiedener Medien verschaffen.

Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind.
Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Robert von Heusinger: Systemfehler**
   Es ist grotesk, aber wahr: Amerika schlittert zusehends in die Rezession und die Europäische Zentralbank (EZB) hat nichts besseres zu tun, als vor zu hohen Lohnabschlüssen zu warnen.
   Quelle: FR
2. **Joseph Stiglitz – Die Zeche zahlen alle**
   Die Quellen des Wachstums sind heute zahlreicher als vor einem Jahrzehnt. Die wahren Motoren waren in den letzten Jahren die Entwicklungsländer.
   Trotzdem wird ein geringeres Wachstum – oder gar eine Rezession – in den USA als der weltgrößten Volkswirtschaft globale Folgen haben. Es wird überall eine Konjunkturabkühlung geben. Falls die Währungshüter angemessen auf den wachsenden Inflationsdruck reagieren, können wir uns vielleicht noch durchwursteln. Falls sie aber zum Erreichen ihrer Inflationsziele rücksichtslos die Zinsen erhöhen, sollten wir uns auf das Schlimmste gefasst machen: eine Stagflation. Die Kosten – in Form des Verlusts von Arbeitsplätzen, Löhnen, Eigenheimen – werden enorm sein.
   Quelle: FTD
3. **Lucas Zeise: Eine Frage der Verteilung**
   Die Finanzkrise kommt dieser deutschen Regierung wie ein unabwendbares Naturereignis vor. Ihre Verursacher werden Göttern gleichgesetzt, die in unerforschlichem Ratschluss Unheil heraufbeschwören. In dieser primitiv-religiösen Weltahnung und Weltfurcht, die in Berlin vorherrscht, wäre es aussichtslos, ja sogar frevelhaft, gegen die Folgen solchen Götterhandelns anzugehen.

   Dass es zu einer derart ausgeprägten Spekulationsblase kommen konnte, hat viele Ursachen. Zum einen haben die Finanzregulatoren sie zugelassen, zum anderen haben die Notenbanken mit niedrigen Zinsen den Kreditboom angeheizt. Drittens haben die Regierungen dem Kapitalverkehr in aller Welt freie Bahn bereitet, sie haben sich viertens gegenseitig überboten, möglichst günstige Anlagebedingungen zu schaffen.

Sie haben fünftens die staatlichen sozialen Sicherungssysteme zu großen Kapitalsammelstellen umgewandelt. Nach mehreren Jahrzehnten dieser Politik hat sich die Ungleichheit von Vermögen und Einkommen in den westlichen Gesellschaften verstärkt. Die Lohnquote ist gesunken, die Quote des Einkommens aus Kapital ist gestiegen.
Die Frage, wie Finanzkrisen künftig zu vermeiden sind, scheint im Augenblick wenig aktuell. Sie ist aber nicht allzu weit entfernt von der brandaktuellen Frage, wie ihre volkswirtschaftlichen Schäden zu minimieren sind. In beiden Fällen lautet die Antwort, die unteren Einkommensgruppen (durch die Steuerpolitik und höhere Transferleistungen) zu stärken. Die Löhne sollten deutlich stärker steigen als zuletzt. Besonders in Deutschland besteht dafür viel Spielraum. Wünschen wir den Herren Glos und Steinbrück Mut zu einer solchen neuen Politik.
Quelle: FTD

4. **Spekuliert wie geschmiert**
   Das Öl wird immer teurer, der Wert des Dollars fällt, und die USA befinden sich in einer Führungskrise. An der Börse ist die Aufregung groß, doch dem Kapital macht das alles weniger aus als in den siebziger Jahren. Denn die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse haben sich seither zu seinen Gunsten geändert. Da die gewerkschaftliche Verhandlungsmacht, nicht zuletzt als Folge monetaristischer Wirtschaftspolitik, in den vergangenen drei Jahrzehnten erheblich geschwächt werden konnte, werden steigende Rohstoffkosten derzeit in Form niedrigerer Reallöhne auf die abhän-gig Beschäftigten abgewälzt, ohne die Profitmargen des Kapitals anzugreifen.
   Quelle: Jungle-World
5. **Mehr Gehalt und mehr Staat**
   Der Deutsche Beamtenbund (dbb) wendet sich gegen weitere Privatisierungen im Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge. »Wer auch jetzt noch sagt: ›Weiter so wie bisher‹, der wird sich schuldig machen an der Funktionsfähigkeit und damit an der Akzeptanz unseres Gemeinwesens«, sagte der Bundesvorsitzende Peter Heesen am Montag zum Auftakt der 49. Arbeitstagung des dbb in Köln, die unter dem Motto »Staat oder privat?« steht.
   Quelle: Junge Welt
6. **Unternehmensstudie: Kultur macht sich bezahlt**
   Das Geheimnis des Erfolges eines Unternehmens liegt maßgeblich in einer mitarbeiterorientierten Unternehmenskultur. Bis zu einem Drittel ihres Finanzerfolges erzielen Unternehmen Dank der Kombination verschiedener Kulturdimensionen. Das ist die zentrale Aussage der repräsentativen Studie “Unternehmenskultur,

Arbeitsqualität und Mitarbeiterengagement in den Unternehmen in Deutschland", die in der Januarausgabe der Zeitschrift personalmagazin von Studienleiter Frank Hauser vorgestellt wird. Mit anderen Worten, wo "Gute Arbeit" geboten wird, werden sehr gute Leistungen erzielt.
Quelle: INQA Initiative Neue Qualität der Arbeit

7. **Verbesserung am EU-Arbeitsmarkt lässt Jugendliche außen vor**
   Mit 17,4 Prozent verharrt die durchschnittliche Jugendarbeitslosigkeit in der EU auf hohem Niveau, und sie hat sich gegenüber der Quote der Erwachsenen im Haupterwerbsalter nicht verbessert», stellte die EU-Kommission in ihrem Beschäftigungsbericht 2007 fest. Viele EU-Staaten hätten noch große Probleme mit der Jugendarbeitslosigkeit und einer erfolgreichen Eingliederung junger Menschen in den Arbeitsmarkt.
   Quelle: Personal-Magazin
8. **Heribert Prantl: Helden und Maulhelden**
   Das deutsche Jugendstrafrecht gilt als vorbildlich, denn es ist klug und individuell anpassungsfähig. Wenn Politiker es kaputtmachen, grenzt das fast an eine Straftat.
   Quelle: SZ
9. **Du bist Bertelsmann**
   Die Bertelsmann-Stiftung will Deutschland verändern. Ihr Einfluss auf die öffentliche Meinung, auf Schulen, Hochschulen und Kommunen ist umstritten.
   Quelle: ver.di Publik
10. **Deine Stimme gegen Studiengebühren:**
    „Mit der vorliegenden Unterschriftensammlung fordern wir die radikale Abschaffung der Studiengebühren – bundesweit.
    Wir fordern vom Ministerium für Bildung und Forschung – insbesondere Annette Schavan, "Studiengebühren" öffentlich abzulehnen und dementsprechend die Länder aufzufordern, den Studenten keine Stdiengebühren abzuverlangen."
    Quelle: Unterschriftenaktion im Netz gegen Studiengebühren
11. **Neonazis: "Dortmund ist unsere Stadt"**
    Neonazi-Attacken werden gerne als Ost-Problem wahrgenommen. In letzter Zeit häufen sich die Überfälle aber auch im Ruhrgebiet.
    Quelle: TAZ
12. **Schwimmende Müllverbrennungsanlagen: Tod aus dem Schornstein**
    Viele Schiffe auf den Weltmeeren werden noch immer mit dem Abfall aus Ölraffinerien betrieben – weshalb jedes Jahr zehntausende Menschen sterben müssen.
    Quelle: TAZ
13. **Joschka Fischer: Afghanistan und die Zukunft der Nato**
    Die Nato wird militärisch und politisch keinen Erfolg haben können, wenn sie auf

Grund der nationalen Vorbehalte zahlreicher Mitgliedstaaten nur sehr eingeschränkt handlungsfähig ist. Dies muss sich sehr schnell ändern. Schon längst hätte ein Gipfeltreffen der Nato eine realistische Bestandsaufnahme vornehmen und dann gemeinsam die Konsequenzen daraus ziehen müssen. Der Wegfall der nationalen Beschränkungen, eine gemeinsame Erfolgsstrategie und d.h. eine massive Ausdehnung der zivilen und militärischen Hilfe für Afghanistan sind unverzichtbar, wenn das Land nicht dem Irak in den Abgrund folgen soll.
zu engagieren
Quelle: Project Syndicate

Anmerkung: *Woher Fischer die Gewißheit nimmt, daß der Krieg "…nach wie vor die Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung.." findet, ist ein Rätsel. „Es gab einen realen Kriegsgrund, nämlich den 11.09. 2001" schreibt Fischer, woher weiß er eigentlich, dass 9/11 in Afghanistan geplant wurde? Mit dem "Wegfall der nationalen militärischen Vorbehalte" bei Militäreinsätzen meint Fischer wohl die Abschaffung der Zustimmung des Parlaments.*
Fischer verteidigt den völkerrechtswidrigen Militäreinsatz der NATO und fordert unverblümt einen stärkeren Militäreinsatz Deutschlands und Europas.